

**Datum**

23. Dezember 2025

**„Die Furcht in Hoffnung verwandeln“**

ZdK-Präsidentin Stetter-Karp sieht „Handlungsbedarf“ für die Weihnachtsbotschaft

„Fürchtet euch nicht! Gott sagt sein großes Ja zu den Menschen. Diese zentrale Botschaft, die vom Weihnachtsfest ausgeht, müssen wir auch 2026 in Politik, Gesellschaft und Kirche mit Leben füllen“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. „Weihnachten fordert uns auf, Menschen in den Blick zu nehmen, deren Furcht wir in Hoffnung verwandeln können. Das betrifft zum Beispiel sozial Benachteiligte, Geflüchtete und politisch Bedrohte.“

Allein der Blick auf die Wochen im Advent mache deutlich, wie wichtig verstärkte Anstrengungen für Frieden, Freiheit und Menschenwürde seien, so die ZdK-Präsidentin. „Noch immer kein Frieden für die Ukraine in Sicht. Noch immer kein Schweigen der Waffen in Gaza. Noch immer die quälende Ungewissheit von Tausenden und Abertausenden Menschen auf der Flucht: Wer wird uns aufnehmen?“

Weihnachten sei kein Fest der Idylle, so Stetter-Karp. „Das Fest beginnt mit dem Schrei eines Neugeborenen, dessen Eltern unbehaut und ohne Hilfe sind. Dieser Schrei bringt Hoffnung in die Welt. Er antwortet auf die Schreie der Gequälten und Hoffnungslosen, die auf Erlösung warten. Ich verstehe es so: Sich ihnen zu öffnen – das ist der Auftrag, der im Schrei des Kindes in der Krippe liegt.“

Die ZdK-Präsidentin erinnerte in diesem Zusammenhang an Fluchtgründe 2025, deren Ursachen nicht beseitigt seien. „Auf die Klimaerhitzung hat die 30. Weltklimakonferenz Ende November erneut mit Uneinigkeit und Zögerlichkeit geantwortet. Weiter werden Menschen aus diesem Grund auf die Flucht gehen. Der Rat der Innenminister\*innen der EU-Mitgliedsländer hat sich nur wenige Tage später auf eine Verschärfung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt. Abwehr, wo möglich! Das ist die Botschaft. Wiederum nur Tage später: Das Europäische Parlament stimmt für ein so abgespecktes Lieferkettengesetz, dass die globale Verantwortung für menschenwürdige Arbeitsbedingungen an vielen Stellen auf der Strecke bleiben wird. Die Entscheidung geht zulasten von Millionen Menschen, die Produkte herstellen, von denen wir profitieren.“

„Mit diesen Beispielen wird konkret, wo wir in politischen Entscheidungsprozessen nicht schweigen dürfen“, sagt Marie von Manteuffel, Sprecherin des ZdK-Sachbereichs „Internationales und Nachhaltigkeit“. Zusammenhänge müssten gesehen und benannt werden. „So hat die Verschärfung des Europäischen Asylsystems direkte Auswirkungen auf die humanitäre Situation schutzsuchender Menschen. Auch wenn es richtig ist, die Herausforderungen der Aufnahme unter den EU-Mitgliedsstaaten solidarischer als bisher zu bewältigen, darf das nicht in

bedenklichen Abwehrmaßnahmen enden – etwa in pauschalen Pushbacks an den EU-Außengrenzen. Das ist unmenschlich und untergräbt europäische Menschenrechtsstandards.“

An diese Standards sei Deutschland im Speziellen „in einem konkreten und bedrückenden Fall von mangelnder Humanität“ zu erinnern, sagt ZdK-Präsidentin Stetter-Karp. „Es gibt Menschen, denen einst konkret zugesagt wurde, sie und ihre Familien aufzunehmen – und denen gegenüber dieses Versprechen nicht eingehalten wird. Das sind afghanische Ortskräfte und lokale Partner, denen die Ausreise aus Pakistan aktuell verunmöglicht wird. In einem Brief an zentrale Stellen von Bundesregierung und Bundestag hat das ZdK dies bereits vor Wochen kritisiert und um dringende Abhilfe gebeten. Wir werden weiter darauf drängen, dass die auf Aufnahme in Deutschland wartenden Menschen hier Asyl in lebensbedrohlicher Lage finden. Afghanistan ist kein sicheres Land für sie.“